

Verantwortung übernehmen und Diskriminierung entgegenwirken

Stellungnahme von Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten verschiedener hessischer Hochschulen

Am Freitag, den 28.04.2023, fand die Konferenz „Migration steuern, Pluralität gestalten“ an der Goethe-Universität Frankfurt statt, die von Prof. Dr. Susanne Schröter als Direktorin des Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam organisiert wurde. Bereits im Vorfeld gab es öffentliche Kritik an der Auswahl der Referent*innen, der Zusammensetzung der Panel und den damit einhergehenden Themensetzungen.

Die Kritik hat sich bestätigt. Die rassistischen und den Holocaust relativierenden Äußerung von Boris Palmer waren und sind menschenfeindlich und völlig inakzeptabel. Dies wurde bereits nachdrücklich von verschiedener Seite kritisiert, so dass er inzwischen Konsequenzen für sein Handeln gezogen hat. Eine Entschuldigung für die rassistischen Äußerungen steht allerdings weiterhin aus.

Zwar hat auch Frau Schröter sich nach Veröffentlichung der ersten Stellungnahmen vehement von Boris Palmer distanziert. Während der Tagung hat sie aber Berichten zufolge gebilligt, dass Boris Palmer im Tagungsraum mehrfach rassistische Ausdrücke verwenden konnte.

Ihren an andere gerichteten Anspruch, wissenschaftlichem Pluralismus einen Raum zu geben und eine offene Debattenkultur zu fördern, hat sie mit dieser Tagung nicht eingelöst. Personen mit unterschiedlichen wissenschaftlichen Perspektiven und Erkenntnissen waren nicht vertreten, aktuelle Forschungsstände wurden unzureichend aufgenommen und reflektiert. Unter dem Deckmantel der Wissenschaftsfreiheit, so nehmen wir wahr, hat diese Tagung vielmehr dazu beigetragen, rechtspopulistische Meinungen und stereotype Vorstellungen von Migrant*innen in den wissenschaftlichen Diskurs zu bringen und gesellschaftlich zu legitimieren.

Als Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte hessischer Hochschulen möchten wir unseren Widerspruch gegen diese Veranstaltung und den mit ihr transportierten diskriminierenden Inhalten deutlich machen. Wir fordern Frau Schröter auf, ihrer Verantwortung für die Konzeption und Durchführung der Tagung gerecht zu werden.

Generell sehen wir das Problem, dass die von Frau Schröter und anderen öffentlich vorgetragene Kritik an „politisch-moralischen“ Einschränkungen der Wissenschaftsfreiheit und an der sogenannten „Wokeness“ dazu führt, dass die berechnete Benennung und Sichtbarmachung von sozialen Ungleichheiten und Diskriminierungen sowie die deshalb erforderlichen Antidiskriminierungspolitiken diskreditiert werden. Dies ist bedenklich, da die Wissenschaftsfreiheit an das verfassungsrechtlich gegebene Gleichberechtigungsgebot und Diskriminierungsverbot gebunden ist. Wir wünschen uns vor allem von Seiten der Wissenschaftler*innen eine klare Positionierung, dass diese Grenze der Wissenschaftsfreiheit nicht überschritten werden darf.

Im Interesse insbesondere marginalisierter und von Diskriminierung betroffener Studierender und Beschäftigter werden wir weiterhin an den Zielen einer gender- und diversitätssensiblen und rassistuskritischen Hochschule arbeiten. Wir möchten die Hochschulen für alle Studierende, Mitarbeitende und Gäste zu einem Ort wertschätzender, respektvoller Kommunikation machen und jeder Form von Diskriminierung entgegenwirken. So weit es uns möglich ist, gehen wir gegen Ungleichbehandlung und Diskriminierung vor und unterstützen Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind. Die Goethe-Universität wie auch andere hessische Hochschulen haben hierfür hilfreiche Strukturen und Anlaufstellen geschaffen, die den Mitgliedern und Angehörigen der Universität offenstehen!